ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Sinn, Hans-Werner

Article

Wirtschaftliche Dynamik im aktivierenden Sozialstaat

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Sinn, Hans-Werner (2010) : Wirtschaftliche Dynamik im aktivierenden Sozialstaat, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 63, Iss. 22, pp. 18-25

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/164882

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wirtschaftliche Dynamik im aktivierenden Sozialstaat*

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn
Präsident des ifo Instituts

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung, hier bei Ihnen auf dem hessischen Unternehmertag zu sprechen. Gerade haben wir ein wundervolles Lied von Barbara Streisand gehört. »Someday, somewhere we have to find a new way of living«. Diese Liedzeile müssten heute die Leute in New York singen, denn sie beschreibt perfekt die aktuelle Situation dort. Das kapitalistische System dort ist in die Knie gegangen, weil es zum Kasino verkommen war. Von Amerika aus hat die Finanzkrise die ganze Welt infiziert und allein in den USA ein Immobilienvermögen von 8 000 Milliarden Dollar vernichtet. Eine unvorstellbare Summe.

Und während die Wirtschaft bei uns schon wieder brummt, ist die Krise in Amerika noch längst nicht überwunden. Die Neubautätigkeit liegt heute um 80% unter dem Vorkrisenniveau. Dabei hatten sich die Zahlen nach dem ersten Absturz seit Februar 2009 schon wieder stabilisiert. Doch die aktuellen Meldungen vom Baumarkt in Amerika sind noch verheerender als zu Beginn der Krise. Amerika erlebt im Bausektor einen echten »Double Dip«. Im Moment bleibt den Amerikanern nichts als die Hoffnung, dass es ihnen »someday, somewhere« wieder besser geht. Der amerikanische Traum von Franklin Roosevelt, dass sich jeder Amerikaner ein eigenes Haus würde leisten können, ist jedenfalls vorerst ausgeträumt. Und die Manager in der Wall Street müssen sich fragen, welche Verantwortung sie für diesen Absturz tragen.

Diese Krise entwickelte sich ungemein schnell und dramatischer als alles, was diese Generation bisher erlebt hatte. Es war die schlimmste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit; die erste Rezession der Weltwirtschaft seit 1950. Aber so schnell, wie die Krise kam, ging sie in vielen Regionen auch wieder vorbei. Insbesondere die Schwellenländer, Brasilien, Russland, Indien und China, wachsen wieder mit atemberaubendem Tempo. China machte den Anfang, zuletzt kamen Russland und fast der ganze Rest der Welt hinterher.

Schwierigkeiten haben vor allem jene Länder, die sich sehr stark verschuldet haben. Das Kapital floss in der Vergangenheit in die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten. Ein Leistungsbilanzdefizit heißt, man importiert mehr, als man exportiert. Diesen Überschuss der Importe muss ein Land mit geliehenem Geld bezahlen. Ein Kapitalimport ist dasselbe wie ein Leistungsbilanzdefizit. Es handelt sich nur um zwei Wörter mit unterschiedlichem semantischem Anklang, die aber denselben ökonomischen Sachverhalt darstellen. Letztlich leiht man sich kein Geld, sondern Güter, um mehr davon zu verbrauchen, als man liefert.

Die Schuldenstaaten haben sich das Geld zur Finanzierung des Nettogüterstroms in ihr Land in der ganzen Welt besorgt – nicht zuletzt hier in Deutschland. Deutschland war zwischen 1995 und 2008 der größte Kapitalexporteur diesseits und jenseits des Atlantiks. Lediglich China hatte noch größere Kapitalexporte. Wir haben den amerikanischen Traum maßgeblich mitfinanziert – und auch den Traum der Griechen, der Spanier, der Portugiesen, der Iren, der Engländer und all der anderen Länder, die jetzt in der Schuldenkrise stecken. Diese Länder hatten lange Zeit ein Regime der lockeren Budgetbeschränkungen, bei dem Geld für alles und jedes verfügbar war. Es sind genau diese Staaten, die jetzt in der Krise verharren, obwohl die Weltwirtschaft wieder anzieht.

Die Welt teilt sich in zwei Gruppen von Ländern: einerseits die Schwellenländer, Deutschland, Schweden, die Schweiz und einige osteuropäische Länder, wo die Wirtschaft wieder brummt. Andererseits die Länder, die sehr viele Schulden aufgenommen haben. Sie müssen den Gürtel jetzt enger schnallen, weil die Kredite nicht mehr so fließen wie früher.

* Vortrag auf dem hessischen Unternehmertag am 26. Oktober 2010 in Frankfurt.

Dass so viele private und öffentliche Schulden aufgenommen wurden, lag am Euro. Mit der Einführung des Euro verschwanden die Zinsunterschiede zwischen den Staaten der Währungsunion. Der Euro hat einen gemeinsamen Kapitalmarkt geschaffen. Erstmals bekamen die Spanier zum Beispiel die Möglichkeit, sich langfristige Baukredite zu einem Festzins für 20 Jahre zu besorgen. Das war dort vorher gar nicht möglich. Noch dazu sanken die Zinsen auf das niedrige deutsche Niveau. Kein Wunder, dass die Spanier von diesem Angebot gerne Gebrauch machten. Sie haben Kredite aufgenommen und gebaut wie die Weltmeister. Dadurch kam die Bauindustrie in Schwung, viele Menschen fanden Beschäftigung, und die Immobilienpreise stiegen. Die Eigentümer der Immobilien wurden immer reicher und trauten sich, neue Unternehmungen anzugehen. Das wiederum führte zu einem dramatischen Wirtschaftswachstum, aber letztlich auch zu einer Überhitzung, zu einer Blase, die, wie wir wissen, inzwischen geplatzt ist.

Das Wirtschaftswachstum der Kapitalimportländer war wirklich dramatisch. Während Deutschland seit Mitte der neunziger Jahre, als der Euro verabredet wurde, bis jetzt um etwa 20% gewachsen ist, sind die Iren mit ihrer Wirtschaft um 106% gewachsen. Spanier sind um 50%, die Griechen 56% gewachsen. Das Geld kam großenteils aus Deutschland. Die Kurve der deutschen Kapitalexporte verlief in den letzten Jahren spiegelbildlich zu den Kapitalimporten der GIPS-Länder, also Griechenlands, Irlands, Portugals und Spaniens, sogar die Größenordnung betreffend. Und da die Salden der Kapitalverkehrsbilanz dasselbe wie die Leistungsbilanzsalden sind, entwickelten sich auch letztere fast exakt spiegelbildlich. »It takes two to tango«, sagte Christine Lagarde, die französische Finanzministerin, dazu. Tatsächlich haben die Länder Europas den Euro-Tango getanzt.

Doch die Zeit, in der man das in den GIPS-Ländern erotisch fand, ist lange vorbei, denn das billige Geld ist nicht mehr verfügbar. Seit der Immobilienkrise in den USA und der europäischen Schuldenkrise haben die Banken schlicht Angst, ihr Geld weiterhin in die weite Welt zu verteilen. Sie kaufen kaum noch griechische Staatspapiere oder verbriefte Wertpapiere amerikanischer Provenienz, wie sie zum Beispiel von Lehman Brothers ausgeben wurden. In Amerika ist der gesamte immobilienbezogene Verbriefungsmarkt in sich zusammengebrochen. Im Jahr 2006 hatte der Markt für diese strukturierten, immobiliengesicherten Wertpapiere ein Emissionsvolumen von 1 900 Milliarden Dollar. Heute gibt es den Markt nicht mehr, er ist nahezu vollständig kollabiert: Ein Einbruch um 97%. Heute laufen 95% der Immobilienkredite in den USA über drei staatliche Institutionen: Fannie Mae, Freddie Mac und Ginnie Me. Einen Staat, in dem 95% der Immobilienfinanzierung über den Staat bereitgestellt wird, nannte man früher sozialistisch. »Volksrepublik Amerika« könnte man mit einiger Berechtigung sagen.

Weil das Geld nun hier bleibt, haben wir heute Bauzinsen, die so niedrig sind wie noch nie. Die Deutsche Bank beglückt ihre Kunden zurzeit mit einem Zinssatz von 2,99% für langjährige Kredite. Andere Banken sind sogar noch billiger. Man bekniet den Häuslebauer geradezu. »Bitte, bitte, bewahr das Geld für mich auf. Ich will auch gar keinen Zins. Hauptsache, ich kriege es nach zehn Jahren wieder,« so hört man die Hilferufe aus den Bankfilialen.

Die Unternehmen hatten noch vor einem Jahr über die Kreditklemme geklagt. Wir fragen jeden Monat 4 000 Unternehmen, wie sie die Kreditvergabe der Banken erleben. Vor einem Jahr antworteten die Großunternehmen mehrheitlich, dass die Kreditvergabe restriktiv sei. Dieser Wert ist seither stetig gesunken. Die Kreditvergabe wird heute als großzügig beurteilt. Die Kreditklemme hat sich in Luft aufgelöst.

Das ist insofern verwunderlich, als die Banken durch die Abschreibungen zu einem gewaltigen Deleveraging gezwungen wurden. Die Deutsche Bank hatte im ersten Quartal 2008, also kurz vor dem Höhepunkt der Krise, ein Bilanzvolumen von 2,3 Billionen Euro. Heute sind es nur noch 1,5 Billionen Euro. Das heißt, die Bank hat das Kredit- und Kreditersatzgeschäft dramatisch reduziert. Das musste sie auch, weil sie durch die Abschreibungen viel Eigenkapital verloren hatte. Alle Banken haben viel Eigenkapital verloren, und fast alle sind mit ihrem direkten und indirekten Kreditvolumen heruntergegangen. Trotzdem gibt es keine Kreditklemme in Deutschland. Das klingt wie ein Wunder. Doch es gibt eine einfache Erklärung: Die Banken versuchen, die Spareinlagen, die sie einsammeln, wieder im eigenen Land anzulegen. Sie trauen sich einfach nicht mehr. das Geld wie früher ins Ausland zu schieben. Sollen sie etwa griechische Staatsanleihen kaufen oder strukturierte Wertpapiere aus Amerika?

Diese neue Politik der Banken hat entscheidend dazu beigetragen, dass wir heute in Deutschland einen doppelten Boom haben. Wir haben auf der einen Seite einen Exportboom, weil die Chinesen die Ausrüstungsgüter, die sie brauchen, um ihre Wirtschaft weiterzuentwickeln, bei uns kaufen. Auf der anderen Seite haben wir aber auch einen kreditgetriebenen binnenwirtschaftlichen Boom, weil die Banken die Spargelder wieder billiger anlegen.

Der gewerbliche Bau der Unternehmen schießt im Moment in die Höhe wie eine Rakete. Auch der Geschosswohnungsbau zieht dramatisch an. Nur der Tiefbau schwächelt ein wenig, weil die staatlichen Konjunkturprogramm auslaufen. Aber der Auftragsbestand der freischaffenden Architekten in Deutschland ist heute so hoch wie seit 15 Jahren nicht mehr. Wir stehen am Beginn einer Baukonjunktur und damit einer Binnenkonjunktur, die die außenwirtschaftliche Konjunktur wohltuend ergänzt. Das ist der Grund dafür, warum

Deutschland in diesem Jahr nach aktuellen Schätzungen 3,5% Wirtschaftswachstum erreichen wird – den höchsten Wert aller Länder der Eurozone mit Ausnahme des Newcomers Slowakei. Nur 1,2 Prozentpunkte von diesen 3,5% werden durch den Außenhandel erklärt. Der Löwenanteil ist Binnennachfrage, und zwar nicht Konsumnachfrage – die trägt derzeit noch so gut wie nichts bei –, sondern die Nachfrage nach Investitionsgütern.

Im letzten Boom von 2006 bis 2008 haben einige gejubelt, wir hätten ein Wirtschaftswunder in Deutschland. Die FTD hatte sogar eine Internetseite mit der Adresse »Das Wirtschaftswunder« gestartet. Aber zu der Zeit war der Jubel gar nicht angebracht. Das höchste Wachstum, das wir in diesen drei Jahren erreicht haben, entsprach gerade mal dem Durchschnitt der westeuropäischen Länder. Heute gibt es viel mehr Anlass, von einem Wirtschaftswunder zu sprechen. Wir sind nun die Konjunkturlokomotive Europas.

Selbstverständlich folgt auf jede Krise auch wieder eine Erholung. Der Konjunktureinbruch in dieser Krise war der stärkste in der Nachkriegszeit. Insofern ist es nicht allzu überraschend, dass jetzt auch der Anstieg am steilsten ist. Aber wir sind in Europa ziemlich allein mit diesem Anstieg. Es gibt sogar Länder, die in diesem Jahr noch schrumpfen, während Deutschland abgeht wie die Post. Man könnte sagen, Deutschland sei der Krisengewinner. Aber das klingt negativer, als es ist, denn derzeit wird nur eine für uns äußerst nachteilige Entwicklung auf den Kapitalmärkten korrigiert, die die letzten zehn, fünfzehn Jahre gekennzeichnet hat.

Es war nämlich nicht gesund, dass in den letzten Jahren so viel Kapital aus Deutschland in die Länder der südwestlichen Peripherie und nach Amerika abgeflossen war. Das Kapital hätte auch hier investiert werden können. Deutschland hatte von 1995 an über 14 Jahre im Schnitt die niedrigste gesamtwirtschaftliche Nettoinvestitionsquote aller OECD-Länder. Im Schnitt haben wir im letzten Jahrzehnt von unseren Ersparnissen nur ein Drittel zuhause investiert. Der Löwenanteil hingegen floss ins Ausland, in den Kauf strukturierter Wertpapiere amerikanischer Provenienz, in Staatspapiere der südeuropäischen Länder und vieles mehr. Dorthin haben die Landesbanken und die privaten Großbanken die Ersparnisse der Deutschen getragen, anstatt sie dem Mittelstand zur Verfügung zu stellen, damit dieser hier im Land investiert und Arbeitsplätze schafft.

Diese ungute Entwicklung ist nun gestoppt. Die Umlenkung der Kapitalströme wird, wenn wir sie nicht durch eine Verlängerung der Rettungspakete in der EU wieder kaputt machen, Deutschland mittelfristig eine sehr gute Wirtschaftsentwicklung bescheren. Sie kennzeichnet eine Trendumkehr. Ich will nicht sagen, dass wir ab sofort einen anhaltenden Boom erleben und keine Flaute mehr haben. Es geht nicht um das konjunkturelle Auf und Ab, sondern um den langfristigen Trend. Der Trend wird von jetzt ab besser sein, wenn wir ihn nicht selbst wieder durch eine falsche Politik kaputt machen.

Besonders schädlich wäre eine Verlängerung der Rettungspakete, die am 8. und 9. Mai, gegen den deutschen Widerstand, in Brüssel durchgedrückt wurden. Mit diesen Rettungspaketen haben wir den ausländischen Konkurrenten auf dem Kapitalmarkt die gute deutsche Bonität geschenkt, zum Glück zunächst nur für drei Jahre. Wenn die Pakete verlängert würden, flösse das Kapital weiterhin aus Deutschland ab in die Schuldenländer. Dort würde wieder von neuem eine Überhitzung der Wirtschaft ermöglicht, und Deutschland kehrte wieder in die Flaute zurück.

Aus diesem Grund darf Deutschland nicht einfach die Vorschläge unterschreiben, die aus Brüssel vorgelegt werden. Die Bundeskanzlerin ist gut beraten, bei ihrem Kurs zu bleiben. Angela Merkel hat kategorisch erklärt: Eine Verlängerung der Rettungspakete kommt nur in Frage, wenn es dazu eine Insolvenzordnung gibt, die regelt, dass zunächst die Gläubiger der Schuldenländer auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen, bevor deutsche Kredithilfen gewährt werden. Nur so ist sichergestellt, dass die Hilfe der Partnerstaaten tatsächlich dem betroffenen Land zugute kommt und nicht den Banken. Außerdem werden sich die Gläubiger unter diesen Bedingungen genau ansehen, wem sie in Zukunft Geld geben. Die Beteiligung der Altgläubiger ist die Grundvoraussetzung dafür, dass Kredite vorsichtiger vergeben werden und dass ein größerer Teil der deutschen Ersparnisse künftig zuhause bleibt. Wenn diese Mittel hier in Deutschland investiert werden, ist das der beste Wachstumsimpuls für unsere Wirtschaft.

Deutschland hatte in den letzten 15 Jahren das zweitniedrigste Wirtschaftswachstum aller europäischen Länder; nur Italien war noch schlechter. Ganz egal, wie man Europa definiert, als Westeuropa, als die EU-27 oder als ein Großeuropa bis zum Ural, Deutschland lag auf dem zweitletzten Platz. Diese Tatsache ist für viele überraschend, weil die Medien lange eine anderes Bild unserer wirtschaftlichen Lage gezeichnet haben.

Dass nun eine Trendwende eingetreten ist, liegt zum einen an der beschriebenen Selbstkorrektur der Kapitalmärkte. Es liegt aber auch an der Politik. Für nächstes Jahr erwarten wir nur noch 2,9 Millionen Arbeitslose oder vielleicht sogar weniger. Aber denken Sie einmal zurück, wie es noch im Jahr 2005 war. Damals hatten wir 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Mit dem EU-Beitritt der osteuropäischen Länder drohte damals die Zuwanderung von billigen Arbeitskräften bei gleichzeitiger Verlagerung von Produktion in diese Länder. Es war klar, dass es so nicht wei-

tergehen konnte. Deshalb hat Gerhard Schröder mit seiner Agenda 2010 die Notbremse gezogen. Die Agenda wurde 2003 beschlossen, 2004 eingeführt, doch erst ab 2005 wirklich wirksam.

Wenn wir den Arbeitsmarkt betrachten, hat Deutschland bis zu diesem Zeitpunkt eine verheerende Entwicklung genommen. Viele wollen das nicht sehen. Als ich studiert habe, gab es keine Arbeitslosigkeit. Um das Jahr 1970 gab es nur 150 000 Arbeitslose. Das hat sich dann aber leider dramatisch geändert. In den folgenden Wirtschaftszyklen haben wir jedes Mal viel Arbeitslosigkeit aufgebaut, die wir im jeweils nachfolgenden Boom nur zu einem kleinen Teil wieder abbauen konnten. So kamen pro Zyklus, etwa alle zehn Jahre, allein in Westdeutschland 800 000 Arbeitslose hinzu.

Es entstand ein Trend, der – über die Zyklen geglättet – linear nach oben gerichtet war und ins Verderben geführt hätte. Hätte sich dieser Trend weitere 20 Jahre fortgesetzt, wären nochmals 5 Millionen Arbeitslose hinzugekommen. Das kann kein Staatswesen aushalten. Deutschland drohten Weimarer Verhältnisse.

Deshalb haben Gerhard Schröder und die rot-grüne Regierung reagiert. Schröder hat alles auf eine Karte gesetzt: Er hat die Reform durchgesetzt, aber in der Folge sein Amt verloren.

Die Bedeutung dieser Reform wird in der Bundesrepublik vollkommen unterschätzt. Das liegt zum einen daran, dass die Union sowie die Freidemokraten ungern den politischen Gegner loben. Zum anderen hat sich aber auch die SPD nach der Wahlniederlage Schritt für Schritt von der Reform verabschiedet. So gibt es fast niemanden mehr, der noch bereit ist, dieses Thema sachlich angemessen zu beleuchten. Es war eine kleine Kulturrevolution in Deutschland, die Schröder und Clement damals eingeleitet haben. Nach und wegen seiner Reform kam es zu dieser positiven Trendwende auf dem Arbeitsmarkt.

Vor Schröder war die Sockelarbeitslosigkeit in Westdeutschland alle zehn Jahre um 800 000 gestiegen. Die Sockelarbeitslosigkeit wird immer im Boom gemessen. Sie ist der harte Kern der Arbeitslosigkeit, der trotz des Booms nicht verschwindet. Nach Schröders Reform hatten wir bis zum Höhepunkt des letzten Booms im Jahr 2008 etwa 200 000 Arbeitslose in Westdeutschland weniger als zum Höhepunkt des vorigen Booms im Jahr 2000. Das bedeutet ein Plus von einer Million Jobs im Vergleich zum Trend, denn nach dem Gesetz der Serie hätten wir ja 800 000 Arbeitslose mehr haben müssen. Diese Million ist das Ergebnis der Agenda 2010. Zugegeben, es sind keine tollen Jobs. Es sind schlecht bezahlte Jobs. Es sind 400 000 Zeitarbeitsstellen dabei. Aber es sind Jobs. Und besser schlechte Jobs als keine Jobs.

Wie kam dieser Erfolg zustande? Schröder hat das Hartz-IV-System eingeführt. Was bedeutete Hartz IV? Es sind im Kern zwei Maßnahmen. Zum einen wurde die Arbeitslosenhilfe, die es bis dahin gab, abgeschafft. Die Arbeitslosenhilfe war das zweite Arbeitslosengeld, das 60% des letzten Nettolohns betrug und notfalls bis zur Rente bezahlt wurde. Solch ein Transfersystem gab und gibt es sonst kaum irgendwo auf der Welt. Anschließend wurde in die Sozialhilfe, auf die die Betroffenen nun heruntergestuft wurden, das Element des Hinzuverdienstes eingeführt. Während vorher für jeden Euro, den man verdiente, die Sozialhilfe um einen Euro gekürzt wurde, wurden die Regeln so modifiziert, dass man bis zu 20 Cent behalten konnte. Das war auch nicht gerade toll, aber ist im Verhältnis zu dem, was man vorher hatte, ein echter Fortschritt. Im Vergleich zum alten System war das der Einstieg in ein Lohnzuschusssystem.

Dieses Lohnzuschusssystem führte dazu, dass wir heute 1,5 Millionen Menschen haben, die nicht allein von ihrer Hände Arbeit leben müssen, sondern zusätzlich einen Lohnzuschuss vom Staat erhalten. Diejenigen, die Hartz IV kritisieren, nennen das »Aufstocker«. Das ist aber der falsche Begriff, weil er suggeriert, hier würde das Lohneinkommen bis auf das Hartz-IV-Niveau aufgestockt. Das ist jedoch nicht der Fall. Die alte Sozialhilfe war ein Aufstockersystem. Die Lücke zwischen Lohn und Sozialhilfe wurde vom Staat aufgefüllt. Das ist heute nicht mehr so. Die Lücke wird nicht vollkommen gefüllt, dafür aber wird das Hartz-IV-Geld als zweites Einkommen gewährt, obwohl man arbeitet. Der Lohn, den man sich sauer verdient, wird nicht mehr vollkommen weggenommen. Der Bereich, in dem die Hartz-IV-Zahlungen langsam aufhören, liegt für einen Single bei rund 1 300 Euro und bei einer fünfköpfigen Familie bei 2 250 Euro Bruttomonatslohn.

Es gibt also einen weiten Einkommensbereich weit oberhalb des Sockelbetrages von Hartz IV, der selbst inklusive des Wohngeldes bei etwa 700 Euro liegt, in dem ein Arbeitnehmer ein ergänzendes Hartz-IV-Einkommen erhält. Das ist der Trick. Vor der Hartz-Reform in Deutschland hatten wir einen Sozialstaat, der faktisch Mindestlöhne gesetzt hat. Wir hatten ein Lohnersatzsystem. Der Staat stellte Einkommen zur Verfügung, wenn man nicht arbeitete, und entzog dieses Einkommen, wenn man arbeitete 1:1 für jeden Euro, den man selbst verdiente.

Dieses Lohnersatzsystem hat de facto einen Mindestlohnanspruch geschaffen, der von der Wirtschaft überboten werden musste, aber häufig nicht überboten werden konnte. Die Massenarbeitslosigkeit war das Ergebnis dieses implizierten Mindestlohns im alten Sozialsystem. Deutschland war in diesem alten System Weltmeister bei der Arbeitslosenquote der Geringqualifizierung mit großem Abstand vor allen anderen OECD-Ländern.

Schröder hat den Mindestlohn gesenkt, indem er weniger Geld für das Wegbleiben und mehr für das Mitmachen gezahlt hat. Das war die Idee hinter der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Einführung des Lohnzuschusselements. Dies führte dazu, dass der Reservationslohn, wie wir Ökonomen sagen, sank. Der Reservationslohn ist der Lohnsatz, zudem man gerade noch rentabel arbeiten kann, ohne schlechter gestellt zu sein, als wenn man nicht arbeitet. Durch die Senkung des Reservationslohns wurden Beschäftigungsverhältnisse und Geschäftsmodelle möglich, die vorher im alten Mindestlohnsystem systematisch zerstört worden waren. Dieser Wirkzusammenhang erklärt die gewaltigen Erfolge auf dem Arbeitsmarkt.

Trotzdem entwickelte sich in den Jahren danach eine hitzige Mindestlohndebatte. »Jeder muss von seiner Hände Arbeit leben können«, wurde gerufen. Dieser Spruch stammt übrigens von Klaus Zumwinkel. Er hatte Angst davor, dass das Postmonopol verschwinden würde. PIN stand bereits in den Startlöchern und wollte der Post das Geschäft streitig machen. Also hat Zumwinkel überlegt, was dagegen zu tun sei. PIN zu verbieten war nicht möglich, denn die EU hatte sich klar gegen das Postmonopol ausgesprochen. Also versuchte Zumwinkel, Subventionen zu bekommen, hatte damit aber keinen Erfolg. So kam er auf eine einfache, aber wirkungsvolle Idee: Wenn die neuen Anbieter denselben Lohn zahlen müssten wie die Post, können sie der Post keine Konkurrenz machen. Also forderte Zumwinkel unter Berufung auf eine päpstliche Enzyklika einen Mindestlohn, und diese Forderung fand in der Öffentlichkeit erstaunlich viel Anklang. Folglich sind einige Parteien aufgesprungen und haben sich Zumwinkels Forderung angeschlossen.

Dabei ist die Vorstellung, dass in einer Marktwirtschaft jeder von seiner Hände Arbeit leben können muss, abwegig. Die Marktwirtschaft ist ein System, das nicht nach den Kriterien der Gerechtigkeit konstruiert ist. Die Marktwirtschaft bietet potenziell Jobs für jeden, aber nur unter der Bedingung, dass die Lohnverteilung hinreichend weit gespreizt ist. Es gibt leider keine Gesetzmäßigkeit in der Marktwirtschaft, die sicherstellen würde, dass die niedrigsten Löhne, zu denen dann Beschäftigung zu finden ist, auch ausreichen, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das wäre schön, ist aber unrealistisch. Man kann dieses Schlaraffenland zwar proklamieren, aber ändern tut das nichts.

Was ist also zu tun, wenn es an hinreichend vielen guten Jobs fehlt? Wir könnten die Unternehmen zwingen, Menschen einzustellen, die für sie Verluste bringen. Dann haben wir aber keine Marktwirtschaft und irgendwann auch keine Unternehmen mehr. Und ob es funktioniert würde, ist fraglich, weil viele Firmen dann pleite gingen.

Ein Mindestlohn verlangt entweder ein Beschäftigungsgebot für die Firmen, damit sie Leute einstellen, obwohl es sich für sie gar nicht lohnt, oder einen Sozialstaat, der die Massenarbeitslosigkeit finanziert. Beides ist aus ökonomischer Sicht nicht sinnvoll.

Zum Glück gibt es eine Alternative. Man kann ein System schaffen, in dem diejenigen, denen man helfen will, Lohnzuschüsse erhalten. Dann müssen sie nicht ausschließlich von ihrer eigenen Hände Arbeit leben, sondern sie bekommen vom Staat soviel dazu, dass die Summe aus beiden Einkommenskomponenten den sozialen Vorstellungen entspricht.

Was halten Sie von diesem Satz? »Jeder, der arbeiten will, muss arbeiten können und dann genug zum Leben haben.« Das ist mein Satz. Dieser Satz lässt sich in der Marktwirtschaft realisieren. Der andere: »Jeder muss von seiner Hände Arbeit leben können«, lässt sich nicht realisieren, obwohl er beim ersten Hinhören sehr ähnlich klingt.

Wenn jeder von seiner eigenen Hände Arbeit leben können soll, muss er sein Einkommen komplett selbst erwirtschaften. Das macht die Arbeitskraft von niedrig qualifizierten Menschen aber so teuer, dass viele von ihnen, insbesondere diejenigen, die auch noch an schlechten Standorten wohnen, keinen Job finden. Wenn hingegen das Gesamteinkommen entscheidend ist, dann können Arbeitnehmer mit geringen Qualifikationen einen niedrigen Lohn akzeptieren, zu dem ein entsprechender Zuschuss gezahlt wird. Das ist die Lohnersatzidee.

Es ist besser, das Mitmachen zu bezahlen als das Wegbleiben. Es ist besser, Millionen von arbeitenden Menschen zu bezuschussen, weil ihre Produktivität nicht ausreicht, um davon zu leben, als diesen Menschen zu sagen: »Wir brauchen euch nicht, wir lassen euch draußen und ernähren euch in der Arbeitslosigkeit.« Das war der alte deutsche Weg. Als er in den siebziger Jahren mit den Lohnersatzprogrammen beschritten wurde, war die Arbeitslosigkeit ein Randproblem einer dynamischen Wirtschaft. Aber es wurden immer mehr Menschen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, so dass das Problem zum Schluss nicht mehr beherrschbar war. Schröder hat dann das Ruder herumgerissen. Jetzt haben wir Lohnzuschüsse, obwohl wir sie nicht so nennen.

Sie waren die Rettung des deutschen Arbeitsmarktes. Deutschland hat die jetzige Krise der Weltwirtschaft am Arbeitsmarkt besser überstanden als jedes andere europäische Land. Natürlich hat dabei auch das Kurzarbeitergeld, das von der Regierung Merkel eingeführt wurde, sehr segensreich gewirkt. Aber auch Kurzarbeitergeld ist ein Lohnzuschuss. Es ist besser, Menschen zu bezuschussen, während sie in ihrem Job sind, als ihnen das Geld nur unter der Bedingung zu geben, dass sie den Job aufgeben. Es ist das gleiche Grundprinzip.

Auch die Kosten für den Staat sind nicht höher. Die Alternative zu einem Lohnzuschusssystem ist, Menschen in der Arbeitslosigkeit zu 100% zu bezahlen. In der Arbeit verdienen sie zumindest einen Teil des Geldes selbst, und der Staat muss nur den Zuschuss zuzahlen. Es kostet keinen Cent zusätzlich, das Sozialsystem auf ein Lohnzuschusssystem umzustellen. Es könnte sogar deutlich billiger werden.

Dass wir in letzter Zeit trotz dieser Megakrise eine so große Entlastung des Sozialetats hatten, liegt auch daran, dass wir die Leute nicht in die Arbeitslosigkeit haben abdriften lassen. Das wäre unvergleichlich teurer geworden.

Leider ist die Diskussion in Deutschland sehr stark ideologisiert. In der Öffentlichkeit wird mit wenig Sachargumenten diskutiert, schon gar nicht mit ökonomischen Argumenten. Ich habe Verständnis dafür, dass Leute ihr Einkommen lieber selbst verdienen. Aber was machen wir, wenn das nicht geht? Wenn man sich nicht im Schlaraffenland befindet, stellt sich eine einfache Alternative: Entweder ernähren wir die Menschen in der Arbeitslosigkeit, oder wir bezuschussen sie im Job.

Es gibt in dieser Zeit der Globalisierung, in der Deutschland bedrängt wird durch »Niedriglöhner« von Polen bis China, nur vier Wege, den Sozialstaat zu retten.

Der erste Weg ist der Königsweg. Auf den können wir uns alle schnell einigen, jedenfalls im Grundsatz: bessere Bildung. Deutschland hat ein schlechtes Bildungssystem. Unser dreigliedriges Schulsystem gibt Kindern aus der Arbeiterklasse nicht genug Chancen, insbesondere nicht den Kindern von Migranten. Das ist mittlerweile nachgewiesen durch die Pisa-Studien. Kein Land in Europa hat eine so große Spanne in der Qualität der 15-jährigen Schüler wie wir. Nur die Amerikaner schneiden ähnlich schlecht ab. Die OECD nennt in ihrer Pisa-Studie auch den Grund für das schlechte deutsche Ergebnis: Wir sortieren die Kinder im Alter von zehn Jahren und damit deutlich zu früh. So früh sortiert kaum ein anderes Land der Erde seinen Nachwuchs. Von diesem Trip müssen wir runter.

Zusätzlich müssen wir eine verpflichtende Vorschulerziehung einführen, um den Kindern von Migranten und bildungsfernen deutschen Familien rechtzeitig die deutsche Sprache beizubringen. Die Schule ist auch nicht freiwillig. Wir überlassen es nicht den Eltern, ob sie ihre Kinder zur Schule schicken, sondern die Gemeinschaft der Staatsbürger sagt: Wir entmündigen die Eltern in der Frage, ob die Kinder zur Schule gehen, und schützen die Kinder vor den Eltern, indem jedes Kind gehen muss. Das ist Konsens bei der Schule, und das muss auch das Prinzip bei den Vorschulkindern sein, die der deutschen Sprache nicht richtig mächtig sind. Sonst fliegt uns diese Gesellschaft eines Tage um die Ohren.

Aber selbst, wenn wir das jetzt richtig machen, dauert es noch eine ganze Generation, bis die besser ausgebildeten Arbeitskräfte tatsächlich zur Verfügung stehen. Der Königsweg Bildung enthebt uns also nicht der Notwendigkeit, den Arbeitsmarkt weiter zu flexibilisieren, so dass er mit den Kräften der Globalisierung zurechtkommt. Wenn ein Weltarbeitsmarkt entsteht, in dem die deutschen Arbeitnehmer in direktem Wettbewerb zu Chinesen oder Polen stehen, dann gleicht sich das Lohnniveau tendenziell an. Das heißt, die Löhne in China werden hochgezogen, die Löhne für einfache Arbeit bei uns jedoch nach unten gedrückt, mindestens gegen den Trend.

In dieser Situation können wir nicht sagen: Wir wehren uns mit Mindestlöhnen, was der zweite mögliche Weg wäre. Diesen Weg haben wir in der Vergangenheit verfolgt, wie erläutert in Form der impliziten Mindestlöhne, die das deutsche Lohnersatzsystem geschaffen hat. Das Ergebnis war die Massenarbeitslosigkeit, die bis zur Agenda immer bedrohlichere Ausmaße angenommen hatte und das gesamte Staatswesen in den Abgrund zu reißen drohte.

Der dritte Weg ist der skandinavische Weg. Einige wollen ihn gehen. Die Kernidee ist, die Beschäftigung im Staat so auszudehnen, bis die Arbeitslosigkeit verschwindet, obwohl Löhne gezahlt werden, die international nicht wettbewerbsfähig sind. Der Staat kann sich das erlauben, denn er ist nicht unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt. Während in Deutschland 12% der Erwerbspersonen beim Staat arbeiten, sind es in Dänemark und Schweden über 30%. Der skandinavische Weg ist allemal besser, als die Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken, wie wir Deutschen das bis zur Agenda 2010 gemacht haben.

Aber noch besser ist der vierte Weg, nämlich einen aktivierenden Sozialstaat einzuführen. Einen Sozialstaat, der die Menschen bezuschusst, während sie arbeiten, statt den Zuschuss unter der Bedingung zu geben, dass sie dem Arbeitsmarkt fern bleiben. Dieser aktivierende Sozialstaat würde sehr viel Dynamik entfalten, weil wieder Geschäftsmodelle möglich werden, die vorher durch die implizierten Mindestlöhne zerstört wurden. Diese Geschäftsmodelle würden möglich, ohne dass die betroffenen Bevölkerungsgruppen Einkommensverluste erleiden müssen, denn sie müssen ja nicht von ihrem Lohn leben, sondern erhalten Einkommenszuschüsse.

Manche sagen, es könne doch nicht sein, dass Geschäftsmodelle realisiert werden, die ihre Existenz dem Zuschuss aus Steuermitteln verdanken. Wer so redet, verkennt aber, dass es diese Modelle auch ohne solche Zuschüsse gäbe, wenn die Löhne nach unten hin flexibel wären und durch Angebot und Nachfrage statt staatliche Interventionen in Form des Lohnersatzsystems bestimmt würden. Ja, es gab sie früher sogar haufenweise. Denken Sie nur an den Bereich

der haushaltsnahen Dienstleistungen, der einem erheblichen Teil der Bevölkerung Beschäftigung gab, bevor der Sozialstaat damit anfing, die Löhne für einfache Arbeit so zu verteuern, dass dieser Dienstleistungssektor zugrundeging. Lohnzuschüsse machen solche Modelle wieder möglich, ohne dass die Arbeitnehmer die Zeche zahlen müssen. Zwar spreizen sich die Löhne wieder so weit aus, wie es früher der Fall war, doch spreizen sich nicht zugleich die Einkommen aus, und darauf kommt es an. So gesehen helfen die Lohnzuschüsse tatsächlich den Arbeitnehmern statt den Unternehmern.

Die Folge einer noch konsequenteren Hinwendung zu Lohnzuschüssen wäre ein zusätzlicher Wachstumsschub, weil ein arbeitender Mensch stets mehr erwirtschaftet als ein Arbeitsloser, auch wenn die neuen einfachen Jobs nicht sonderlich produktiv sind. Es entsteht ein Beitrag zum Sozialprodukt, der sonst nicht da gewesen wäre. Die Verteilungsmasse wird größer.

Aber noch viel wichtiger ist, dass wir die Menschen integrieren. Ein Sozialsystem, das nur unter der Bedingung der Abstinenz vom Arbeitsmarkt Hilfe gewährt, ist menschenverachtend, weil es die Menschen aus der Sozialgemeinschaft des Arbeitslebens heraus treibt und Sozialhilfekarrieren erzeugt. Ein solches System erzieht die Menschen dazu, ihre Energie und Kreativität darauf zu verwenden, möglichst viel Geld über die Sozialämter zu bekommen, anstatt sich darauf zu konzentrieren, das Geld durch Arbeit bei den Unternehmen zu holen. Wir schaffen eine Unterschicht, die in dieser Gesellschaft keine Chancen mehr sieht und schlimmsten Falls eines Tages militant wird. Das ist keine gute Perspektive für unser Land.

Alle müssen lernen und ihren Beitrag leisten. Wir müssen uns behaupten in der Zeit der Globalisierung. Jeder muss um seine Position kämpfen, nach seinem Vermögen einen Beitrag zum Sozialprodukt leisten. Arbeit ist dafür die Voraussetzung. Ein System, das bestimmte Bevölkerungsgruppen von der Arbeit ausschließt, ist menschenverachtend. Das will ich nicht, und ich denke, das wollen Sie auch nicht.